

EU-Dilemma – die Lobby siegt

Publiziert am 13. März 2014 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de



Am 11.3. hat die Süddeutsche Zeitung zur europäischen Lage einen sehr treffenden Kommentar von Cerstin Gammelin gebracht, Europas Finanzpolitik – Plaudern statt beschließen¹: *Griechenland, Finanztransaktionssteuer, Pleitebanken – die EU-Finanzminister haben viele Baustellen auf dem Zettel. Doch statt wichtige Entscheidungen zu treffen, beraten und vertagen die Herrschaften lieber. Dabei drängt die Zeit* (Bild: original "Christianity", umgewidmet für die EU).

Aus dem Inhalt: Man muss den europäischen Ministern Respekt für ihre Geduld zollen, weil die sogenannten Tischrunden mit 28 Kollegen und den zugehörigen EU-Offiziellen bestückt sind. Trotz aller Dringlichkeit versickert da die Zeit, und es fällt keine Entscheidung, weil 28 nationale Egoisten um jeden Kompromiss feilschen und ihre Eigeninteressen bis zum Extrem verfolgen. So standen am 10. und 11.3. vier Entscheidungen an, aber keine konnte getroffen werden.

Die Themen:

- Griechenlandhilfe, die Reformen klappen nicht, aber keiner mag es aussprechen
- Steuerfahndung per Auskunft über Kapitaleinkünfte, was die USA geschafft haben, daran scheitern die Europäer, die Finanzparadiese Luxemburg und Österreich blockieren weiter
- Finanztransaktionssteuer (vormals Börsenumsatzsteuer), da ist seit der Absichtserklärung nix passiert
- Bankenunion, die Behandlung von Bankpleiten ist dank massiven Lobbyismus' immer noch unklar

Das Dilemma ist, dass alles an nationalen Eigeninteressen zu scheitern droht. Was mal als Beschluss zustandekam, ist Sondereinflüssen zuzuschreiben, der Gunst der Stunde, dem übermenschlichen Einsatz einiger, der Erschöpfung anderer. Regulär aber geht nix voran, die EU-Verweser blamieren sich.

Interessant ist nun die Innensicht, die uns Sven Giegold, der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der Grünen am selben Tag (11.3.) zu nicht ganz denselben Themen liefert. Das liest sich teilweise wie eine Bankrotterklärung gegenüber der Lobby, man beachte die *"Entlastung in einem Umfang von unglaublichen 267 Milliarden Euro"* im dritten Artikel.

Geldwäschebekämpfung: Europaparlament fordert öffentliche Unternehmensregister

Heute haben die Abgeordneten des Europaparlaments ihre Position für die Revision der Geldwäsche-Richtlinie im Plenum abgestimmt. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, die Empfehlungen der internationalen Anti-Geldwäsche-Arbeitsgruppe FATF umzusetzen. Dafür wird unter anderem der Anwendungsbereich auf Glücksspiel ausgeweitet und Steuerstraftaten ausdrücklich in den Katalog der erfassten Delikte aufgenommen. Zudem sollen Unternehmen, Trusts und dergleichen in Zukunft Informationen über die wirtschaftlich Begünstigten ihrer Tätigkeiten preisgeben. Das Parlament fordert hierfür die Schaffung öffentlicher Unternehmensregister, in denen alle wirtschaftlichen Eigentümer benannt werden. Nun muss der Rat endlich seine Position zur Reform der Geldwäscherichtlinie finden. Dem neuen Europaparlament obliegt dann das Gesetz zu Ende zu verhandeln.

Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament kommentiert das Abstimmungsergebnis:

"Das Europaparlament sagt Steuerhinterziehen und Geldwäschern den Kampf an. Eine sehr breite Mehrheit fordert die Einführung öffentlicher Unternehmensregister. Darin sollen alle wirtschaftlich Begünstigten von Firmen und anderen Rechtsformen erkennbar werden. Auch die Eigentümer von Stiftungen und Trusts sollen offengelegt werden. Nur wenn diese wirtschaftlichen Eigentümer eindeutig identifiziert werden, können Kriminelle sich nicht länger hinter Briefkastenfirmen verstecken. Dieser Erfolg ist dem Druck der Zivilgesellschaft zu verdanken und ein großer Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit. Anfängliche Skepsis bei Liberalen und Konservativen haben sich erfreulicherweise so auflösen lassen. Diesen Erfolg gilt es jetzt, gegen den Widerstand der Bundesregierung, im Rat der Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Die Abstimmung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im Februar hat leider gezeigt, dass die verschärfte Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität in Europa all zu oft an Konservativen und Liberalen scheitert. Wir hatten vorgeschlagen, dass die Umsetzung der neuen Regeln europäisch kontrolliert wird. Das Beispiel Zy-

¹ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europas-finanzpolitik-plaudern-statt-beschliessen-1.1909864>

pern hat gezeigt, dass die Mitgliedsstaaten bei der Geldwäschebekämpfung nicht genau genug hinschauen. Das größte Problem besteht darin, dass Finanzinstitute, Spielstättenbetreiber und alle anderen Verpflichteten ihren Sorgfaltspflichten gegenüber ihren Kunden nicht ausreichend nachkommen. Die Gesetze bringen aber nichts, wenn die Umsetzung nicht funktioniert. Vor allem deswegen hat Deutschland bei der Bewertung durch den internationalen Arbeitskreis Maßnahmen zur Geldwäschebekämpfung (FATF)² 2010 so schlecht abgeschnitten.

Der ganze Gesetzgebungsprozess wird von starkem Lobbydruck der Glücksspielwirtschaft begleitet, der die Schwelle der Nervigkeit klar überschreitet. Die Richtlinie sieht vor, dass der Glücksspielbereich stärker reguliert wird. Das versuchten Gauselmann & co. noch auf den letzten Metern zu verhindern. Die Lobby hat alle Register gezogen, um vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen zu werden. Wir konnten nicht verhindern, dass Mitgliedsländer gewisse Sektoren nach Absprache mit der Kommission von besonderen Sorgfaltspflichten befreien dürfen. Unbestritten ist, dass es Glücksspiele gibt, die objektiv nicht zur Geldwäsche geeignet sind. Das rechtfertigt aber nicht, unberechtigt viele Glücksspiele aus dem Anwendungsbereich zu nehmen, wie es die Lobby gefordert hat."³

Europaparlament fordert mehr Effizienz und Macht für Europäische Finanzaufseher

Das Europaparlament hat heute den Initiativbericht zur Revision des Systems der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden beschlossen. Der vom Berichterstatter Sven Giegold vorgeschlagene Kompromiss wurde schon im ECON Ausschuss bei wenigen Änderungen mit großer Mehrheit angenommen und jetzt vom Plenum bestätigt. Danach hat die EU-Kommission ein Jahr Zeit, Gesetzesvorschläge entsprechend den detaillierten Empfehlungen des Europaparlaments vorzulegen. Tut sie das nicht, muss sie ihr Nichthandeln erklären.

Sven Giegold, Berichterstatter und wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen, kommentiert das Abstimmungsergebnis:

"Das Kompetenzgerangel zwischen EU-Finanzaufsehern und nationalen Finanzaufsichtsbehörden schwächt und behindert eine effektive Finanzaufsicht in der EU. Das Europaparlament fordert mehr Effizienz und Macht für die Europäischen Finanzaufseher. Nach dem Willen des Parlaments erhalten die Aufsichtsbehörden EBA, EIOPA und ESMA eine europäischere und demokratischere Struktur. Die Möglichkeiten der Nationalen Finanzaufsichtsbehörden, die EU-Finanzaufsicht mit einem wahren Kompetenz-Malefiz zu behindern, sollen damit eingeschränkt werden.

Die Präsidenten der EU-Aufseher erhalten nach dem Wunsch der Abgeordneten zusätzliche Kompetenzen. Die Aufsichtsbehörden müssen in Zukunft nicht erst bei den nationalen Finanzaufsichtsbehörden nachfragen, wenn sie Verstöße gegen das Europäische Recht untersuchen wollen. Die Informationsbeschaffung soll für alle Behörden erleichtert werden. Standardisierte Verfahren zwischen den Aufsichtsbehörden werden die bürokratischen Abläufe auch für die Finanzunternehmen transparenter machen und vereinfachen.

Außerdem fordern die Abgeordneten eine Stärkung der Aufsicht über Systemrisiken und eine Begrenzung der Interessenskonflikte zwischen EZB und Europäischem Rat für Systemrisiken (ESRB). Der ESRB soll einen eigenen Geschäftsführer bekommen, unabhängig vom Präsidenten der EZB. Die Makro-Finanzaufsicht soll umfassend gegenüber der oft detailversessenen Mikroaufsicht gestärkt werden.

In der Ausschussabstimmung haben die Liberalen (Wolf Klinz, FDP) zusammen mit Konservativen und europaskeptischen Rechtskonservativen einen Änderungsantrag durchgesetzt, der unnötige Hürden für die unverbindlichen Richtlinien ("guidelines") zur Harmonisierung der Europäischen Aufsicht aufbaut. Für eine solche Begrenzung der bestehenden Rechte der Europäischen Finanzaufseher hatten Teile der Finanzlobby geworben. **Die Liberalen und Konservativen sind vor der Finanzlobby eingeknickt und haben damit die Europäische Finanzaufsicht geschwächt.** Ich habe versucht diese Änderungen im Plenum wieder rückgängig zu machen, konnte dafür aber keine Mehrheit gewinnen."

Die Vorschläge des Europaparlaments im einzelnen:

- Die Aufsichtsbehörden erhalten die Möglichkeit verbindliche Streitschlichtungsverfahren auf eigene Initiative und ohne Votum der nationalen Aufseher einzuleiten;
- Alle drei Aufsichtsbehörden erhalten die Möglichkeit auf eigene Initiative und ohne Votum der nationalen Aufseher Stresstests durchzuführen;
- Alle Aufsichtsbehörden, die einheitliche Europäische Finanzaufsicht bei der EZB und der Europäische Rat für Systemrisiken (ESRB), bekommen Zugang zu den gleichen Daten;
- Der ESRB erhält einen geschäftsführenden, unabhängigen Vorsitz;
- Der ESRB kann Empfehlungen zur makroökonomischen Stabilität an die EZB in ihrer Aufsichtsfunktion richten;
- Der ESRB kann europaweite Richtlinien zu makroökonomischen Steuerungsinstrumenten wie Leverage Ratios erlassen;
- Das Recht der Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden, technische und operationelle Entscheidungen in den Behörden zu fällen wird gestärkt;
- Die Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden erhalten Stimmrecht im Rat der Aufseher;
- Die Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden können selbstständig Peer-Review Verfahren einleiten;

² <http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/mer/MER%20Germany%20full.pdf>

³ ein Beispiel der dreisten Lobby-Arbeit: <http://www.sven-giegold.de/2014/dreistes-lobbying-der-gluecksspielunternehmen/>

- Die Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden müssen zu den ECOFIN Treffen eingeladen werden;
- Die Managementboards der drei Aufsichtsbehörden müssen mit unabhängigen, vom Europäischen Parlament bestätigten Kandidaten besetzt werden und werden in Zukunft die operationelle Leitung der Aufsichtsbehörden wahrnehmen;
- Die Aufsichtsbehörden erhalten eine eigene Budgetlinie, unabhängig vom Kommissionsbudget;
- Die Abstimmungsmechanismen von EIOPA und ESMA bleiben erhalten und die umständlichen und schädlichen Abstimmungsregeln, die bei EBA im Zuge des SSM eingeführt wurden, werden zurückgenommen;
- Die Aufsichtsbehörden erhalten das Mandat zu überprüfen, ob Unterschiede in nationaler Gesetzgebung der Funktion des Binnenmarktes schadet und ob Unternehmen solche Unterschiede ausnutzen;
- Die Aufsichtsbehörden können die direkte Aufsicht über große, Europa weit agierende Unternehmen;
- Der ESRB muss bei den Sitzungen des Wirtschaft- und Finanzausschuss (WFA) und bei allen relevanten Sitzungen innerhalb der EZB vertreten sein;
- Die Aufsichtsbehörden und der ESRB sind angehalten einen gemeinsamen Newsletter zu veröffentlichen;
- Die Aufsichtsbehörden und der ESRB werden in die relevanten Gesetzgebungsprozesse auf europäischer Ebene einbezogen.

Solvency II: Europaparlament stimmt Entlastung der Versicherungswirtschaft um 200 Milliarden Euro zu

Heute hat das Europaparlament im Plenum seine Position zu Solvency II abgestimmt. Bereits im November hatten sich die Verhandlungsführer von Europaparlament, Rat der Mitgliedsländer und EU-Kommission nach jahrelangen Verhandlungen auf die Reform der Europäischen Versicherungsregulierung, Umsetzungsrichtlinie Omnibus II) geeinigt.

Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen und Schattenberichterstatter für Solvency II kommentiert das Abstimmungsergebnis:

"Eine großkoalitionäre Mehrheit hat im Europaparlament heute dafür gesorgt, dass sich die jahrelange Lobbyarbeit für die Versicherungsindustrie gelohnt hat. Die Industrie hat drastisch niedrigere Eigenkapitalanforderungen und damit höhere ausschüttungsfähige Gewinne für langfristige Versicherungsprodukte durchgesetzt. Das Verhandlungsergebnis von Rat und Europaparlament ignoriert die Ratschläge des Europäischen Rates für Systemrisiken (ESRB), die Meinung der vom Parlament angehörten Experten und die diverse Empfehlungen der Versicherungsaufsicher von EIOPA.

Das Paket beschert den Versicherern eine Entlastung in einem Umfang von unglaublichen 267 Milliarden Euro. Alleine für die Anbieter von Lebensversicherungen liegt die Entlastung bei 264 Milliarden Euro. Lebensversicherern wird unter Solvency II erlaubt, nur 4,5% ihrer Anlagen als Eigenkapital vorzuhalten.

Versicherungsunternehmen dürfen nun Verluste ignorieren, die aus Finanzkrise oder dem niedrigen Zinsumfeld resultieren. Unternehmen können höhere Dividenden ausschütten, selbst wenn die Marktwerte nahe legen, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber den Versicherten nicht erfüllen werden können. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund schwacher langfristiger Wachstumsprognosen und dem niedrigen Zinsumfeld verantwortungslos unvorsichtig. Einige Versicherungsunternehmen hätten ohne diesen Freibrief für ihre Aktionäre Schwierigkeiten, ihren Verpflichtungen nachkommen. Das große Problem der Assekuranz wird nun zugedeckt statt angegangen, indem sich der Staat anmaßt, den Wert von Vermögen besser zu kennen als der Markt.

Die Vertreter von Großbritannien, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland haben diesen Deal für ihre jeweiligen Versicherer ausgehandelt. Sowohl in der Position des Rates als auch des Parlaments, ist aus Solvency II eine Wundertüte geworden, die für jeden nationalen Versicherungsmarkt passende Geschenke bereit hält. Viele Regeln des angenommenen Solvency-II-Regelwerkes wurden auf die Versicherungsmärkte der großen Mitgliedsstaaten zugeschnitten. Das ist eine ungeheuerliche Verletzung der Prinzipien des Europäischen Binnenmarktes.

Wir Grünen wissen, dass Finanzmärkte zu Übertreibungen neigen und Finanzprodukte nicht immer angemessen bewerten. Nichtsdestotrotz hat die Versicherungslobby die Gesetzgeber erfolgreich dazu gebracht, dass man die Märkte gefahrlos ignorieren kann. Bei den Banken waren sich die Regulierer einig, dass der Wert von Anlagen an Finanzmärkten sowohl im Wert übertrieben als auch unterbewertet werden kann. Die jetzige Regelung sieht dagegen nur die asymmetrische Möglichkeit einer Unterbewertung vor. Gegen den Ratschlag des Europäischen Rates für Systemrisiken müssen die Versicherungsunternehmen in guten Zeiten keine Rücklagen bilden, um stabiler durch schlechte Zeichen zu kommen.

Wir haben alles getan, um einen ausgewogenen Kompromiss zu erzielen. Dieser sollte nicht zu exzessiv viel Gewicht auf volatile Marktbewertung legen, aber dennoch die Versicherten schützen. **Die Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen haben dagegen jetzt ein Paket verabschiedet, das einseitig die Interessen der Versicherungsindustrie berücksichtigt.** Sie haben sich damit sowohl gegen den Beschluss ihrer eigenen Mitglieder im Wirtschafts- und Währungsausschuss als auch gegen den Vorschlag der EIOPA gestellt. Die Verhandlungen zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament standen von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Lobby hat sich während des gesamten Verhandlungsprozesses dafür eingesetzt, dass die Versicherungsunternehmen die Rückstellungen für die langfristigen Garantien weiter reduzieren können. Der Rat der Mitgliedsländer und der sozialdemokratische Verhandlungsführer Skinner (Labour) waren dabei die engsten Verbündeten der Lobby. Selbstverständlich ist es für die Grünen unmöglich so einem einseitigen Kompromiss zuzustimmen. Immerhin fand die Forderung der Grünen Gehör, dass Versicherungen zumindest ein Mindestmaß an Transparenz erfüllen müssen. Versicherungen, die die neuen langfristigen Garantiebewertungsmaßnahmen nutzen, müssen die

quantitativen Auswirkungen offen legen. Dadurch kann die Öffentlichkeit nun von den enormen Zugeständnissen an die Versicherungsindustrie erfahren.

Ich persönlich werde dafür sorgen, dass alle Unternehmen, die die vereinbarten Privilegien nutzen, auf einer Website an den Pranger gestellt werden. Auf der Website werden auch die betreffenden Marken und die fehlenden Milliarden veröffentlicht. Damit können und müssen nun die Kundinnen und Kunden entscheiden."⁴

⁴ Detailliertere Bewertungen der Einigung von gestern und eine Einführung in die Versicherungsregulierung in der EU:

<http://www.sven-giegold.de/2013/solvency-ii-insurance-lobby-celebrate-a-landslide-victory-over-consumer-protection/>

Detailliertere Bewertungen der Einigung von gestern und eine Einführung in die Versicherungsregulierung in der EU:

<http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2013/11/LTGA-information-note.pdf>

Eine Grüne Bewertung des EIOPA Berichts gibt es hier:

<http://www.sven-giegold.de/2013/green-guide-to-the-information-note-of-eiopa/>

Die Grüne Pressemitteilung zur Parlamentsposition, die im März 2012 abgestimmt wurde:

<http://www.sven-giegold.de/2012/solvency-ii-omnibus-ii-lobby-festival-in-the-european-parliament/>